



Nachrichten



der Jüdischen Gemeinde zu Halle (Saale)

Nr. 17/2004

Auflage: 500 Exemplare

Halle/S. 20.05.2004

SONDERAUSGABE

In der dritten außerordentlichen Sitzung des Repräsentantenausschusses am 15.04.2004 wurde einstimmig beschlossen ein Schreiben an die Zeitung „Zukunft“ zu schicken:

Sehr geehrte Frau Vizepräsidentin des Zentralrates der Juden in Deutschland und Chefredakteurin der Zeitung „Zukunft“, Frau Charlotte Knobloch, in Ihrer Zeitung «Zukunft» vom 19.03.2004 wurde ein Artikel unter dem Titel «Auf hartem Kurs ins Abseits» aus unserer lokalen «Mitteldeutschen Zeitung» vom 01.03.2004 übernommen. Der Inhalt dieses Artikels war uns auch vor dem 19. März bekannt. Wir sind schon längst daran gewöhnt, noch aus den Zeiten des kommissarischen Geschäftsführers vom Zentralrat in unserer Gemeinde, dass die MZ über alle Angelegenheiten, die mit unserer Gemeinde zu tun haben, immer einseitig und tendenziös berichtet. Deswegen haben wir längst aufgehört, auf diese Artikel zu reagieren. Das gleiche betrifft auch den o. g. Bericht von Steffen Könauf. Er unterscheidet sich von anderen seinen Werken nicht nur darin, weil er spöttisch und voreingenommen, sondern weil er vom Anfang bis zum Ende verlogen ist!

Wie sagte ein Klassiker: der beste Weg, jemanden zu diskreditieren, ist, über die Vorzüge weniger und über die Mängel mehr zu sagen. In seinem Artikel hat Könauf dies übertroffen, er hat nichts Gutes gesagt und was die Mängel betrifft, die es ja immer und überall gibt, hat er einfach vollkommen desinformiert.

Beginnen wir von Anfang an: in der Jüdischen Gemeinde zu Halle (Saale) «... rumort es, seit der Rechnungshof Fälle von Misswirtschaft aufdeckte». Was genau «rumort» in Halle? Nichts! Um welches „Rumoren“ es sich handeln soll, haben wir nicht verstanden. Die Gemeinde feiert jüdische Feste mit mehr als 300 von insgesamt 700 Mitgliedern; es gibt Religionsunterricht und Unterricht für jüdische Tradition, das Spektrum von Angeboten ist sehr breit: von der Musik bis zum Fotografieren, jährlich gibt es Sommer-Machane im Ausland ohne Platzbegrenzung für alle Kinder; man lernt Deutsch und Iwrit. Regelmäßig finden Synagogenführungen statt, es gibt eine Dauerausstellung, die dem Schicksal unserer Gemeinde während der Shoah gewidmet ist. Die Gemeinde ist

das zweite Zuhause für ihre Mitglieder. Die Menschen sind natürlich wegen der Geschichte mit den angeblich vom Landesrechnungshof entdeckten Fakten von Misswirtschaft beunruhigt. Sie wollen die Wahrheit kennen, und wir verheimlichen sie nicht. Aber dazu kommen wir am Ende dieses Schreibens.

Weiter lesen wir über «... reihenweise haarsträubende Fälle von Geldverschwendung ...». Zu Ihrer Kenntnisnahme: der kommissarische Geschäftsführer hat die Gemeinde dem neu gewählten Vorstand Ende Februar 1999 mit einem Schuldenberg von ca. 220 tausend Euro übergeben. Ohne einen neuen Kredit aufzunehmen, hat die Gemeinde inzwischen mehr als 125 von 220 tausend Euro Schulden abgebaut (trotz der «haarsträubenden Misswirtschaftsfälle»). Mehr noch, sie hat es geschafft, trotz der steigenden Zahl von Gemeindemitgliedern und durchgeführten Veranstaltungen, jährlich bestimmte Finanzmittel für den zukünftigen Neubau des Gemeindezentrums zu sparen. Wenn der Landesrechnungshofsbericht wirklich etwas Haarsträubendes enthält, dann sind es die zahlreichen offensichtlichen Fehler, manchmal auch Rechnungsfehler, die bei solchen Fachleuten nicht akzeptabel sind. Nicht nur die Gemeinde selbst, sondern auch der unabhängige Wirtschaftsprüfer hat diese Rechenfehler festgestellt. Auch Ihnen, sehr geehrte Frau Knobloch, ist dies aus den Unterlagen bekannt, die wir an alle Mitglieder des Direktoriums und des Präsidiums des Zentralrates verschickt haben. Übrigens, aus dem Artikel von Könauf geht hervor, dass auch andere Gemeinden auf ähnliche Weise wegen«... haarsträubenden Fakten von Geldverschwendung ...» angeklagt wurden, allerdings hätten sie „...sich mit dem Land geeinigt...“, und auf diese Art die Probleme angeblich gelöst. Also sind nicht die Fakten „haarsträubender Geldverschwendung« das Wichtigste, sondern die Geschicklichkeit „sich zu einigen“ – mit wichtigen Amtsträgern!

Bevor wir zum zweiten Absatz übergehen, erlauben Sie uns, eine Frage zu stellen: wie konnte der hellseherische Steffen Könauf schon am 1. März wissen, dass „Max Privorozki am 14. März zum Vorsitzenden der Gemeinde wieder gewählt wurde“? Oder kann es sein, dass wir nicht über einen von der „Mitteldeut-

schen Zeitung“ übernommenen sondern über einen seitens der „Zukunft“ korrigierten Artikel sprechen? Wir verstehen nicht, warum der Autor des Artikels (und zusammen mit ihm die Herausgeber) in allen „Sünden“ den Gemeindevorsitzenden Privorozki anschuldigen? Wir verstehen nicht, warum eine seiner „größten“ Sünden sein Geburtsort, die Ukraine, ist. Die ganze Gemeindepolitik ist nicht durch Einzelhandlungen des Vorsitzenden bestimmt, sondern durch den Repräsentantenausschuss und die Gemeindeleitung, was sich an entsprechenden Dokumenten zeigt. Wir verstehen nicht, warum die Gemeindeleitung, die so vieler schwerwiegenden Vergehen angeklagt wird, kein Recht haben sollte, sich zu verteidigen. Wir leben in einer zivilisierten Gesellschaft, in der es in ähnlichen Fällen nur vor einer Gerichtsinstanz möglich ist, seine Schuldlosigkeit zu beweisen, und die Veröffentlichung dieses Artikels in Ihrer Zeitung bestätigt die Richtigkeit unseres Handelns! Übrigens hat die Mitgliederversammlung im Dezember 2003 die Arbeit des Vorstandes und der Repräsentanz mit 96 Prozent der Stimmen positiv befürwortet.

Die Leser erfahren ferner, dass eine Klage einer K. d. ö. R. gegen einen Rechnungshof ein präzedenzloser Fall ist und dass ein Altgemeindegmitglied, Samouil Roytberg, aus der Gemeinde ausgetreten ist. Die beiden Behauptungen sind falsch. In der deutschen Gerichtspraxis gab es juristische Auseinandersetzungen zwischen einer K. d. ö. R. und einem Rechnungshof und Hr. Roytberg informiert über seinen Austritt angeblich alle - mit Ausnahme der Gemeindeleitung. Es gibt von Hr. Roytberg keinen Antrag auf den Austritt aus der Gemeinde.

Im Artikel wird viel Platz den Wahlen in den Vorstand der Gemeinde gewidmet. Woher und aus welchen Quellen die angebrachte Information stammt, wissen wir nicht. Am wahrscheinlichsten vom Finger geleckt! Tatsächlich sieht die Wahlordnung der Jüdischen Gemeinde zu Halle (Saale) ein sehr strenges, keinerlei Zweideutigkeiten duldendes Wahlsystem vor. Als Leiter des Wahlausschusses wurde ein bayerischer Richter, Dr. Manfred Worm, eingeladen, was die Objektivität der durchgeführten Wahlen garantierte. Als Leiterin der Auszählungskommission zu sein, stimmte die Stadträtin Frau Wolff zu. Gewählt wurden 9 Mitglieder des Repräsentantenausschusses, fünf von ihnen das erste Mal. Das bestätigt die Absurdität der Behauptung Könaus, dass „...Privorozki mit fast demselben Team kandidierte, das ihn jetzt stützt...“. Wer sind diese «mehrere Leute, die für die Gemeindegewahl kandidieren woll-

ten» und denen angeblich gesagt worden sei, dass «... die Frist abgelaufen sei»? Es gab insgesamt 13 Menschen, die Absicht gezeigt hatten, sich aufstellen zu lassen. Einer von ihnen hat nicht die notwendigen Empfehlungen eingereicht, und nicht, weil es zu spät war, sondern weil er anders entschieden hat, wie er selbst mitgeteilt hat. Herr Li war zur Wahl nicht zugelassen, weil er das notwendige polizeiliche Führungszeugnis nicht vorgelegt hat. Warum er das nicht getan hat, kann man nur vermuten, aber seine Kandidatur konnte er nicht zurückziehen, wie Kö nau schrieb, weil er zur Wahl nie zugelassen war. Die Mitteilung über diese Tatsache musste ihm die Wahlkommission per Einschreiben und unter Zeugen zustellen. Die Wahlkommission hat keinen einzelnen Fall einer Teilnahmeabsage an den Wahlen registriert. Am Ende der Ballade von Kö nau ist wieder ein Zitat von Li. Die Wurzel des Problems liege angeblich im Staatsvertrag, weil dort kein Recht auf staatliche Kontrolle in den jüdischen Gemeinden enthalten ist. In anderen Staatsverträgen, darunter auch in dem vor kurzem abgeschlossenen Staatsvertrag des Zentralrates mit der Bundesregierung, ist ein solches Recht nicht enthalten. Auch gegenüber evangelischen oder katholischen Gemeinden hat der Staat ein solches Recht nicht. Übrigens, darüber wird gegebenenfalls keine Silbe verloren. Das Prinzip ist überall gleich – es gibt eine interne unabhängige Revisionskommission, die nur gegenüber der Vollversammlung rechenschaftspflichtig ist, und eine unabhängige Wirtschaftsprüfungsinstitution. Wenn jemand wünscht, die Lage der Beziehungen zwischen den Religionsgemeinschaften und dem Staat zu verändern, empfehlen wir, den § 140 des Grundgesetzes der BRD mit dem Hinweis auf die §§ 136, 137, 138, 139 und 141 der Weimarer Verfassung abzuschaffen. Die Jüdische Gemeinde zu Halle (Saale) hat keinerlei Angst vor Prüfungen, sie müssen allerdings kompetent, ohne Einmischungen in innere Angelegenheiten, ohne offensichtliche Fehler und Vermutungen und unbedingt mit einem Abschlussgespräch zwischen dem Prüfer und Geprüften durchgeführt werden.

Die Analyse der vorgefallenen Ereignisse zwingt uns anzunehmen, dass die Vorfälle im Bezug auf die Beziehung zur Gemeinde Halle einen besonderen Charakter haben und sich zum Ziel setzen, die Gemeinde durch die Diskreditierung ihres Vorstandes zu zerstören.

Zum Abschluss, sehr geehrte Frau Knobloch, erlauben wir uns zur Frage zurückzukommen, wer hinter dieser Geschichte in Halle steckt. Wir haben auf den Artikel von Kö nau vom 1. März nicht reagiert, weil es uns

sinn- und würdelos erschien. Wenn aber dieser Artikel unter der Rubrik «Aus den Gemeinden», noch dazu mit dem Bild unserer Synagoge in dem Schriftorgan des Zentralrates der Juden in Deutschland, d. h. unseren Zentralrates erscheint, können wir nicht mehr schweigen. Etwas stimmt hier nicht. Entweder betrachtet dieser unser Zentralrat uns nicht als seine, d. h. Juden Deutschlands und will sich deswegen mit dem offiziellen Organ der Gemeinde nicht in Verbindung setzen, oder funktioniert etwas in Ihrem Redaktionsteam nicht richtig. Verehrte Frau Knobloch, gern würden wir uns mit Ihnen in den Wänden unserer Gemeinde treffen, wo Sie die Möglichkeit hätten, persönlich das Vorgefallene zu beurteilen.

Egal, wer hinter der Geschichte in unserer Gemeinde steckt – es gibt auch Kräfte, die, wie auch Ihre Zeitung, ähnliche Artikel übernehmen. Auch ohne Kommentare – allerdings auch ohne Fotografie. Das sind die extremrechten Internet-Seiten...

Wir hoffen, dass Ihre Zeitung nicht nur für Herrn Könau, sondern auch für diesen Brief einen Platz finden wird.

Einstimmig angenommen in der Sitzung des Repräsentantenausschusses der Jüdischen Gemeinde zu Halle (Saale) am 15.04. 2004

(Leider gibt es bis heute keine Antwort seitens des ZR auf dieses Schreiben. Der Repräsentantenausschuss hat aus diesem Grunde beschlossen, diese Sonderausgabe der *Nachrichten* an alle jüdischen Gemeinden in Deutschland, die die „Zukunft“ erhalten, zu schicken. Andererseits hat unser „lokaler Fachmann“ für jüdische Angelegenheiten, Steffen Könau von der MZ (Mitteldeutsche Zeitung), wieder einen Artikel am 14.05.2004 geschrieben. Wie gewöhnlich, hat auch dieses Könau'sche Werk mit der Wahrheit wenig zu tun. Er hat es geschafft, sogar den Namen des Gemeindevorsitzenden falsch zu schreiben! Es ist interessant abzuwarten, ob die „Zukunft“ auch dieses Meisterstück von Könau übernehmen wird.)

In der 3. Sitzung des Repräsentantenausschusses wurde Herr Petro Shupp zum Stellvertreter des Vorsitzenden der Repräsentanz gewählt.

Der Repräsentantenausschuss der Jüdischen Gemeinde zu Halle (Saale) hat in seiner 4. außerordentlichen Sitzung am **22.04.2004** das Schreiben des Schieds- und Verwaltungsgerichtes beim Zentralrat der Juden in Deutschland besprochen und folgende Resolution diesbezüglich verabschiedet:

Alle Gemeindemitglieder, die an den Wahlen am 14. März 2004 teilgenommen haben, können bestätigen, dass diese Wahlen absolut fair und offen durch einen Wahlausschuss mit dem Vorsitzenden, dem Richter,

Herrn Dr. Worm aus Bayern, und einem Wahlvorstand mit seiner Vorsitzenden, der Stadträtin, Frau Wolff, durchgeführt wurden. Neun Mitglieder wurden in den Repräsentantenausschuss gewählt. Olexandr Retskiy, der Kandidat mit der geringsten Stimmenzahl, der die Wahlen ganz offensichtlich verloren hatte, hat eine Beschwerde gegen diese Wahlen beim Wahlausschuss eingereicht. Der Wahlausschuss hat diesen Widerspruch als völlig unbegründet zurückgewiesen.

Daraufhin hat er dann einen Widerspruch beim Schieds- und Verwaltungsgericht des Zentralrates der Juden in Deutschland eingelegt. Seine Forderung ist, die Wahlen für nichtig zu erklären. Er begründet seine Forderung mit der Behauptung, dass in der Vollversammlung im Jahre 2001 die Wahlordnung nicht geändert wurde.

Die Nachricht über diese Klage beim Schiedsgericht ist sofort, noch vor der Benachrichtigung der Jüdischen Gemeinde, in der Mitteldeutschen Zeitung erschienen. Das Schiedsgericht hatte die Möglichkeit, diese Klage sofort als unbegründet zurückzuweisen, wie es der Wahlausschuss getan hat. Das Gericht hat sich aber dieser „Angelegenheit“ angenommen und das, obwohl die geänderten Fassungen der Hauptsatzung und der Wahlordnung bereits im März 2002 ihm zugeschiedt wurden.

Das alles wäre für uns gleichgültig, wenn wir diese Ereignisse im Rahmen der gesamtostdeutschen Entwicklung nicht betrachten würden. Der Landesverband in Brandenburg hat fast keine Existenzmittel mehr, und die Gemeinde Magdeburg hat sich zahlungsunfähig erklärt. Alles hat dort mit einem Hilferuf an den ZR begonnen.

Dieses Gericht hat schon einmal, im Jahre 1997, die kommissarische Geschäftsführung in Halle angeordnet. Das Ergebnis der fast zweijährigen Zwangsverwaltung durch den Kommissar sind ca. 220 tausend Euro Schulden, die unsere Gemeinde bis heute dem Zentralrat zurückzahlen muss. Der Repräsentantenausschuss hat alle Gründe zu befürchten, dass auch jetzt diese aus der Luft gegriffene Klage als Grund genommen wird, für Halle wieder eine Zwangsverwaltung zu beschließen.

Der Repräsentantenausschuss beschloss, eine ordentliche Mitgliederversammlung mit den folgenden wichtigen Tagesordnungspunkten durchzuführen:

- Bestellung der Revisionskommission.
- Diskussion über die Änderungen der Satzung und der Wahlordnung mit abschließender Abstimmung.

Die Versammlung sollte am 16.05.2004 um 13:00 Uhr stattfinden. Da am 16. Mai das Quorum nicht

erreicht wurde, wird die Vollversammlung am 13.06.2004 fortgesetzt.

Um die Unabhängigkeit und Autonomie der Gemeinde zu gewährleisten, möge die Versammlung folgende Änderungen in der Satzung und in der Wahlordnung beschließen:

- Alle Auseinandersetzungen, die einer gerichtlichen Entscheidung bedürfen, sollen bei staatlichen Gerichten und nicht beim Schiedsgericht des ZR verhandelt werden;

- Im Falle einer hauptamtlichen Tätigkeit des Gemeindevorsitzenden als Verwaltungsleiter soll diese Tätigkeit mit dem Ende einer Legislaturperiode zeitlich begrenzt werden;

- Es wird einzelne Veränderungen der Wahlordnung geben, mit dem Ziel, die Amtsantrittszeit der neugewählten Repräsentanten genauer zu definieren.

Der Repräsentantenausschuss schlägt vor, am 07.06.2004 um 16:00 Uhr im Gemeindegebäude in der Großen Märkerstr. 13 einen „Runden Tisch“ zur Aufklärung dieser Problematik zu organisieren.

Machane 2004

Trotz aller Versuche von Außen, das Gemeindeleben zu destabilisieren, tun der Repräsentantenausschuss und der Vorstand alles, um die für die Mitglieder gewöhnliche Tätigkeit der Gemeinde aufrecht zu erhalten. Wie immer, organisiert die Gemeinde im Sommer eine Machane, diesmal sowie im letzten Jahr, in Bulgarien, in der Stadt Vlas.

Weitere Information erhalten Sie im Kinder- und Familienreferat der Gemeinde.

Die Jüdische Gemeinde zu Halle (Saale) gratuliert Familie Schumunov zum wichtigen Ereignis:

Am 18. April 2004 fand in Halle nach vielen dutzenden Jahren wieder eine rituelle Beschneidung – Brit Mila – statt. Unser Landesrabbiner, Herr R. Soussan, hat persönlich diese Brit beim jüngsten Mitglied unserer Gemeinde, Murat Schumunov, vorgenommen. Wir wünschen Murat, seinem Vater, seiner Mutter und seinen Geschwistern viel Glück, Erfolg und sehr viele Simches! Mazel Tov!

Debakel am Rande der Aktion „Stolpersteine“

Stellungnahme der Jüdischen Gemeinde zu Halle

Die Idee, metallisch leuchtende „Stolpersteine“ des Gedenkens für die in der NS-Diktatur umgekommenen Hallenser Bürger zu installieren, fanden wir sehr gut. Am „runden Tisch“ der Vorbesprechungen beteiligten sich diverse Gruppen der demokratisch gesinnten Bürgergesellschaft der Stadt Halle. Die Vertreter dieser Gruppen hatten vor, die Opfer des faschistischen Terrors durch das stille Gedenken in Form der Namenstafeln, die im Pflasterstein eingelassen sind, dem Vergessen zu entreißen. Die Warnung

vor neuer Gewalt und vor gedankenlosem Wegschauen war die zweite Absicht des Projekts.

So weit die Idee.

Was für ein Schauergefühl angesichts der Nachrichten! Die Nacht hat wieder einmal Ratten den Sichtschutz zu ihrem abscheulichen Treiben gegeben.

Die gerade installierten „Stolpersteine“ wurden herausgerissen, die Idee des Gedenkens und der Versöhnung besudelt. Wäre es auf einem Friedhof geschehen, so müsste man von einer Friedhofsschändung sprechen.

Da diese Schandtat in aller Öffentlichkeit und an die Adresse der toleranten, offenen und gedenkbereiten demokratischen Bürger Halles gerichtet ist, muss von der Schändung der Werte unserer Demokratie gesprochen werden.

Es geht nicht nur um das Andenken der verschleppten und umgebrachten Juden. Die nächsten „Stolpersteine“ sind Widerstandskämpfern aller Schattierungen gewidmet. Menschen, die sich gegen die brutale Übermacht der Faschisten gewehrt, die sich gegen den Untergang der abendländischen Moral aufgelehnt haben.

Hier gilt das vielfach gesagte „Wehret den Anfängen!“

Es geht um das Gedenken und Achten des **Menschen** an sich.

Mitgliedsbeiträge

Wie immer möchten wir daran erinnern, dass die Mitgliedsbeiträge dienstags in der Gemeinde entrichtet werden können. Wir machen darauf aufmerksam, dass an anderen Tagen die Bareinzahlung nicht möglich ist. Überweisen Sie am besten das Geld auf

**das Gemeindekonto 654 20 26
bei der Hypo Vereinsbank Halle,
BLZ 800 200 86.**

Zuschriften von Gemeindemitgliedern und weiteren Lesern an die Redaktion sind ausdrücklich erwünscht, und zwar in deutscher oder russischer Sprache. Dabei behält sich die Redaktion das Recht auf eine inhaltsgetreue Bearbeitung vor Veröffentlichung der Lesermeinung vor.

Anonyme Zuschriften und Stellungnahmen für oder gegen Personen werden nicht veröffentlicht.

Kontakttelefone:

0345 / 2 33 11 0 (Zentrale)
0345 / 2 33 11 38 (Sozialabteilung)
0345 / 2 33 11 28 (Kinder- und Jugendabteilung)
0345 / 2 33 11 24 (Hilfe für Senioren)
0345 / 2 33 11 22 (Fax)

Email: JGHalle@gmx.net.

Verantwortlicher Redakteur: V. Chifrine

Redaktion: Z. Karpilowskaja, M. Rychla, M. Privorozki

Herausgeber: Jüdische Gemeinde zu Halle (Saale), K. d. ö. R., Große Märkerstr. 13, 06108 Halle/S.